

Heute beginnt in Houston Gipfel der Wirtschaftsgiganten

Streit um Finanzhilfe für UdSSR?

Berlin (ADN/ND). An den heute im texanischen Houston beginnenden Wirtschaftsgipfel der sieben wichtigsten westlichen Industrienationen USA, Japan, Großbritannien, Frankreich, Italien, Kanada und BRD werden internationale große Erwartungen geknüpft. Nach Ansicht französischer Regierungskreise wird Europa in Houston „mit einer Stimme“ sprechen. Tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten zwischen den EG-Ländern und den USA, so schreibt AFP, ließen jedoch den Ausgang des Treffens ungewiß erscheinen.

Nach Angaben von Jacques Attali, Sonderberater von Präsident Mitterrand, ist US-Präsident Bush in einem Schreiben an seine Partner anlässlich des Gipfels für „die Suche nach einem Kompromiß“ eingetreten. Während Bush erneut seine Ablehnung einer Finanzhilfe für die UdSSR bekräftigte, meinte Attali, der vor kurzem zum Präsidenten der neuen Osteuropa-Entwicklungsbank ernannt wurde, in Houston sei „al-

les möglich“. Die Entscheidung werde erst in den Gesprächen der Staats- und Regierungschefs fallen.

Bundeswirtschaftsminister Haussmann erwartet von der sogenannten G 7 politische Zusagen für Wirtschaftshilfe des Westens an die UdSSR. Vor Beginn der Beratungen in Houston forderte er die UdSSR zugleich auf, ein klares marktwirtschaftliches Reformprogramm zu schaffen. Mit einer Einigung über konkrete finanzielle Hilfen rechnet Haussmann jedoch noch nicht. Entscheidend sei, daß es klare politische Zusagen gebe.

Auch der Vorsitzende des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, Wolff von Amerongen, hat den Gipfel in Houston zur konkreten Hilfe für die Reformpolitik Michail Gorbatschows aufgerufen. In einem Beitrag für „Bild am Sonntag“ unterstrich Wolff, der 5-Milliarden-Kredit aus Bonn sei ein wichtiger Schritt gewesen, doch jetzt müßten konkrete Taten

folgen, damit die Sowjetunion den Weg in die Marktwirtschaft finde.

Wolff schlug eine internationale Zusammenarbeit bei der Aus- und Fortbildung in der UdSSR sowie die Entsendung erfahrener Manager als Berater in die dortigen Betriebe vor. Ferner regte er praktische Hilfe für die Landwirtschaft durch Pilotprojekte an, die auch die Nahrungsmittelindustrie einbeziele.

Ganz andere Gefühle hegt die chinesische Führung gegenüber dem „Treffen der Elefanten“. KP-Chef Jiang Zemin hat die westlichen Industrienationen davor gewarnt, sich auf ihrem Gipfel in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen. In einem Interview für den Präsidenten der japanischen Mainichi-Zeitungsgruppe, Watanabe Noboru, sagte er, die Erfahrungen des vergangenen Jahres haben gezeigt, daß sich China in Fragen Souveränität niemals dem Druck anderer Länder beugen wird.

Kubanischer Oppositioneller:

„Rumänische Tragödie“ nicht ausgeschlossen

Madrid/Havanna (ADN/ND). Eine „rumänische Tragödie“ für seine Heimat hat der kubanische Oppositionelle Gustavo Arcos in einem Interview für die spanische Zeitung „El País“ nicht ausgeschlossen. Um dem Land eine derartige Katastrophe zu ersparen, will er sich um einen Dialog zwischen der Regierung und den in Miami lebenden Führern der kubanischen Exilanten bemühen.

Die wirtschaftliche Krise und der politische Druck verstärken sich als Folge der Veränderungen in Osteuropa und in Mittelamerika von Tag zu Tag, betonte Arcos, Führer der illegalen Partei der Menschenrechte. Während die mittleren und unteren Funktionäre bereits die Notwendigkeit von Veränderungen erkannt hätten, wies er sich die Spitze nach wie vor.

Der 63jährige gilt als namhafter der noch in Kuba lebenden Regimekritiker. Er war in den

ersten Jahren nach der Revolution Botschafter in Brüssel, hatte aber dann mit der Castro-Regierung gebrochen und verbrachte insgesamt neun Jahre im Gefängnis.

Unterdessen erregen in einem Krankenhaus von Havanna drei frühere politische Gefangene Kubas Aufsehen, die mit einem Hungerstreik ihre Einreise in die USA erzwingen wollen. Sie hatten vor über einer Woche mit ihrer Aktion begonnen, nachdem alle Versuche gescheitert waren, von der USA-Einwanderungsbehörde ein Visum zu erhalten.

Die USA-Interessenvertretung in Kuba hat insgesamt 700 Antragstellern bedeutet, sie sollten in Kuba bleiben und gegen die Regierung kämpfen. Weiter hieß es, unter den Ausreisewilligen befänden sich auch viele gewöhnliche Kriminelle.

Gottesdienst für Opfer von Fünfeichen

Neubrandenburg (ADN). Mit einem ökumenischen Gottesdienst gedachten am Sonntag in Fünfeichen bei Neubrandenburg Tausende Menschen der Opfer von 1939 bis 1948. Auf dem Gelände hatte sich von Kriegsbeginn bis 1945 ein Gefangenenlager befunden, in dem unzählige Russen, Polen, Niederländer, Briten, Belgier und Italiener umkamen. Gleich nach dem Krieg kam das Lager unter das Kommando des sowjetischen Geheimdienstes und der Militärpolizei. Neben Kriegsschuldigen wurden Sozialdemokraten, Kommunisten, Christen und viele Jugendliche, häufig auf Grund von Denunziationen, interniert. Die Zahl wird auf rund 12 000 geschätzt.

Mehrheit will D-Mark auf hohe Kante legen

Bonn (ADN). Die Mehrheit der DDR-Bürger will mit dem neuen Geld vorsichtig umgehen: Nach einer vom Institut der deutschen Wirtschaft in Köln veröffentlichten Umfrage beabsichtigen 63,3 Prozent, ihre DM-Guthaben zunächst auf die hohe Kante zu legen. Unter den Rentnern ist das Sparen besonders ausgeprägt. So erklärten 77 Prozent, man wolle sich beim Einkaufen zunächst zurückhalten. Etwas mehr als ein Drittel der Befragten (35,5 Prozent) will das Geld für Anschaffungen nutzen.

Gewerkschaft drängt auf Lohnausgleich

Berlin (ADN/ND). Das Vertragsangebot für die anstehenden Tarifverhandlungen, das die Gewerkschaft der Sozialversicherung heute der Regierung übergeben will, sieht u. a. die schrittweise Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 40 und später auf 38,5 Stunden sowie die Angleichung der Vergütungen und Löhne an den Stand der BRD innerhalb von drei Jahren vor. Ferner werden ein Lebenshaltungszuschlag für Vollbeschäftigte mit monatlichem Einkommen unter 1000 DM und ein 13. Monatsgehalt verlangt.

Haushaltsausschuß war kein „Streichorchester“

Berlin (ND). „Der Haushaltsausschuß hat keinen Beschluß zur Streichung von finanziellen Mitteln der Künstlerverbände gefaßt.“ Damit wies dessen Vorsitzende, Prof. Dr. Christa Luft, in einer Presseerklärung entsprechende Vorwürfe zurück. Eine Lösung solcher und ähnlicher Problemfälle könne nur durch die Regierung erfolgen, nicht durch die Legislative. „Politische Entscheidungen können nicht durch finanzielle Entscheidungen vorweggenommen werden.“

Prominenz beim Musikfest in Greifswald

Greifswald (ADN/ND). Zu den Gästen des Eröffnungskonzerts beim ersten Musikfest Mecklenburg und Vorpommern gehörten am Sonnabend in Greifswald Dom St. Nikolai Ministerpräsident Lothar de Maizière, der zur Bratsche griff und ein Telemann-Konzert spielte, sowie Bundespräsident Richard von Weizsäcker. Die Teilnahme des DDR-Premiers hatte zu Protesten einer Initiativgruppe gegen Kulturgrenzung freischaffender Künstler geführt.

Jugoslawien hob Visapflicht auf

Berlin (ADN). Die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien hat mit sofortiger Wirkung die bisher für DDR-Bürger bestehende Visapflicht aufgehoben. Das teilte am Sonnabend ein Sprecher der jugoslawischen Botschaft in Berlin mit.

Rechtsnachfolger des Kleingärtnerverbandes

Berlin (ADN). Ein Verband der Garten- und Siedlerfreunde der DDR (VGS) wurde am Wochenende in Berlin gegründet. In seiner Satzung verpflichtet sich der VGS als Rechtsnachfolger des bisherigen Verbandes der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter (VKSK), für den Erhalt der rund 950 000 Klein-, Mieter- und Siedlergärten einzutreten. Zum Präsidenten des Verbandes wurde Bernd Engelhardt gewählt. Der 48jährige Kranbauingenieur kündigte die Einrichtung einer Rechtsberatung für Vereine und Mitglieder zu Fragen des Kleingarten- und Siedlungsrechtes an.

Todesopfer bei Unfällen

Berlin (ADN/ND). Zwei Kinder wurden tödlich und ein Kind schwer verletzt, als am Sonnabend der Fahrer eines VW-Kleinbusses aus der BRD zwischen Milz und Eicha, Kreis Meiningen, von der Fahrbahn abkam und die Kinder aus der BRD, die mit Fahrrädern am Straßenrand standen, erfaßte. Einen Toten und zwei Schwer-

verletzte forderte ein Unfall auf der Autobahn A 18 bei Schwerin. Ein PKW Mercedes aus der BRD war auf einem einspurigen Fahrbahnabschnitt bei einem Überholvorgang frontal mit einem PKW Lada aus Dresden zusammengestoßen.

Sowjetischer Export von Erdöl reduziert

Moskau (ADN). Zur Überwindung ernsthaften Treibstoffmangels bei der Ernte sei beschlossen worden, den sowjetischen Erdölexport um 7 Millionen Tonnen zu reduzieren. Das teilte Regierungschef Nikolai Ryschkow am Wochenende mit. Von dieser Reduzierung seien auch Lieferungen in die osteuropäischen Länder betroffen. Laut Ryschkow könne nur durch diese Maßnahme der Bedarf der sowjetischen Landwirtschaft gesichert werden.

Verringert Frankreich Besatzungstruppen?

Paris (ND-Düme). Die dem Élysée nahestehende Zeitung „Libération“ gab am Wochenende Äußerungen des Präsidenten wieder, nach denen Frankreich noch Ende dieses Jahres mit dem Abzug von rund 46 000 Mann aus in Freiburg, Lindau und Trier stationierten Panzerdivisionen beginnen könnte. Des Weiteren werden 1200 Angehörige der Luftwaffe und 750 Gendarmen im Südwesten der BRD sowie der etwa 2800 Mann starken Garnison in Westberlin genannt.

Verteidigungsminister Chevenement schloß indes einen Truppenabzug für die nächsten vier bis fünf Jahre aus.

Vertriebene lassen nicht von polnischer Grenze

Bonn (ADN). Der Bund der Vertriebenen (BdV) hat eine Abstimmung aller Betroffenen über die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze gefordert. BdV-Generalsekretär Hartmut Koschyk meinte in einer in Bonn veröffentlichten Erklärung, gefragt werden müsse dabei, ob die Gebiete deutsch, polnisch beziehungsweise sowjetisch werden sollten oder ob sie als ein neues europäisches Territorium unter EG-Verwaltung gestellt werden. Die Unterschriftensammlung laufe bereits auf Hochtouren.

Albrecht will aussagen

Bonn (ADN). Die mutmaßliche RAF-Terroristin Susanne Albrecht will vor der Bundesanwaltschaft nicht nur über die Beziehungen zwischen bundesdeutschen Terroristen und der ehemaligen DDR-Führung aussagen, sondern auch über die Strukturen der RAF und über Details früherer Terroranschläge. Die vergangene Woche auf eigenen Wunsch nach Karlsruhe überstellte Ausstelgerin habe sich vor allem wegen ihres fünfjährigen Kindes entschlossen, sich den bundesdeutschen Justizbehörden als Kronzeugin zur Verfügung zu stellen, berichtet „Der Spiegel“.

Bund der Kommunisten Polens gegründet

Warschau (ADN). In Katowice ist am Sonntag die Partei Bund der Kommunisten Polens „Proletariat“ gegründet worden. Zum Vorsitzenden der Partei, der etwa 1800 Mitglieder angehören, wurde Jan Zielinski gewählt. „Proletariat“ versteht sich als Opposition zur Regierung und will Sammelbecken für alle Kommunisten Polens sein. Ausgehend von den realen Bedingungen in Polen und auf dem Boden der Rechtsordnung stehend, soll der Kampf gegen den kapitalistischen Entwicklungsweg des Landes geführt werden.

Kosovo-Albaner wollen Parlamentsitzung

Belgrad (ADN). Dreizehn albanische Abgeordnete aus Kosovo haben am Freitag eine Sondersitzung des jugoslawischen Bundsparlaments beantragt. Sie forderten, das Bundsparlament müsse den „verfassungswidrigen serbischen Akt“ erörtern, den die Aufhebung der Autonomie Kosovos darstelle.

CDU zu „links“

Die CDU in der DDR ist nach Ansicht von CSU-Generalsekretär Erwin Huber „zu links“, um Wählerbereiche rechts von der Mitte anzusprechen. Die Ost-CDU habe noch „sozialistische Elemente im Programm“, kritisierte der bayerische Politiker. Sie sage auch heute noch, das Recht auf Arbeit und das Recht auf Wohnen in der Verfassung seien ganz vernünftig. Dabei, wissen wir, so Huber, „daß beides unsinnig ist“.

Friedensbewegung am Scheideweg

Helsinki (ND-Rothe). Nach kontroversen Diskussionen beschloß der in Helsinki und Tallinn durchgeführte Konvent über Europäische Nukleare Abrüstung die Vergabe des nächsten Treffens an Moskau. Befürworter wollen damit der Einbeziehung der UdSSR in den europäischen Einigungsprozess Nachdruck verleihen, während Kritiker befürchten, Nationalitätenprobleme könnten das eigentliche Anliegen an den Rand drücken.

Von den Organisatoren wurde ein insgesamt positives Resümee der fünfjährigen Konferenz gezogen, an der Vertreter von Friedensbewegungen und Parteien aus 44 Ländern, darunter erstmals auch die PDS, teilnahmen. Und doch konnte man nur einen scheinbaren Konsens feststellen. Bürokratie und eine Sozialdemokratisierung werden gegenwärtig als Hauptprobleme der vor zehn Jahren ins Leben gerufenen Initiative gesehen. Widersprüche im repräsentativsten Forum der Friedensbewegung lassen denn auch verschiedene Gruppierungen eine Spaltung bzw. einen Neuanfang nicht mehr ausschließen.

Die Verabschiedung einer gemeinsamen Botschaft an den NATO-Gipfel, in der gegen mangelnden Reformwillen und Festhalten an alten Doktrinen protestiert werden sollte, scheiterte.

Wieder regulärer Zahlungsverkehr

Berlin (ADN). Der reguläre Zahlungsverkehr nach Einführung der D-Mark wird heute in der DDR von den Sparkassen, Banken und Postämtern wieder aufgenommen. In Rechenzentren erfolgte am Wochenende die endgültige Kontenumstellung.

Die Sparkassen geben ab Mittwoch (11. Juli) Belege über die neuen D-Mark-Beträge der Giro-, Spargiro- und Sparbuchkonten aus. Sparbuchauszahlungen können bis zum Vorliegen der Umstellungsbelege bis zur Höhe von 50 Prozent des alten Kontostandes bei der eingetragenen kontoführenden Sparkasse erfolgen. Nach der Eintragung können Sparbücher, die für den Freizügigkeitsverkehr zugelassen sind, für Ein- und Auszahlungen auch bei allen Sparkassen der BRD und Westberlin vorgelegt werden.

Nach Angaben der DDR-Verwaltungsstelle der Bundesbank in Berlin sind genügend Bargeldreserven vorhanden, um den mit der Aufnahme des normalen Zahlungsverkehrs steigenden Bedarf zu decken.

DDR-Ausverkauf beunruhigt die EG

Brüssel (ND-Düme). Die DDR ist seit dem Wochenende im Visier der EG-Kommission. Eine vom EG-Kommissar für Fragen der Konkurrenz, Sir Leon Brittan, eingeleitete Untersuchung ist die erste, die Vorgänge außerhalb der Zölfer-Gemeinschaft betrifft. Anlaß ist die 35-prozentige Beteiligung der Ruhrgas AG an der Verbundnetz AG der DDR. Da Ruhrgas bereits „eine beherrschende Position auf dem Erdgasmarkt der BRD besitzt“, betonte Brittan in einem Kommuniqué, „könnte der Erwerb einer strategischen Position in der DDR, die bald Teil der EWG sein wird, entsprechend dem Gemeinschaftsrecht der Konkurrenz ernste Probleme verursachen“.

Argwöhnisch beobachten die EG-Partner der BRD seit längerem den Ausverkauf der DDR. Da sie in Kürze EG-Mitglied sei, könne die Kommission „nichts daran hindern, über deren Praktiken zu ermitteln“, zitierte die Presse einen Sprecher. „Ihre Schlußfolgerungen hätten den Wert einer „Warnung“ an die DDR.“ Der Pariser „Figaro“ kommentierte: „Bei dem Rhythmus, in dem ostdeutsche Gesellschaften durch deren westdeutsche Gegenstücke aufgekauft werden, dürfte Sir Leon in den kommenden Monaten nicht arbeitslos sein.“ Schon habe er von Luftansa, Deutscher Bank und Allianz-Versicherung „Präzisierung“ über deren Beteiligungen an DDR-Firmen verlangt.

Bei der Feuerwehr brennt es — kommt die Lohnspritze?



Ein Schild - vom Berliner S-Bahnhof, Karl-Marx-Straße aus fotografiert. Die 90 Kollegen der Feuerwehr Berlin-Marzahn protestieren so gegen eine Vernachlässigung ihrer sozialen Situation ND-Foto: Jens Koch

Konsumkontert: Eigentum ist rechtens und unantastbar

Berlin (ND-Rietz). „Mit aller Schärfe“ wandte sich der Vorstand der Konsumgenossenschaften der DDR gegen die Gleichstellung des Konsums mit Monopolunternehmen. Deren Eigentum soll per Volkskammer-Gesetz vom Freitag nach einer Entflechtung zum Verkauf angeboten werden. Eigentümer der Konsumgenossenschaften aber sind 4,6 Millionen Mitglieder. Ihr „Eigentum ist rechtens geschützt und unantastbar“, erklärte dazu der Vorstand. Darüber hinaus seien seit Jahresbeginn über 1500 Objekte an private Händler und Gastwirte übergeben worden.

Mit dem Anliegen des Volkskammer-Beschlusses wiederum stimmt der Konsum-Vorstand überein. Unterstützen will er das

Amt für Wettbewerbsschutz im Kampf gegen alle überhöhten Preise unter anderem mit eigenen Kontrollen. Die gegenwärtige Situation habe „eine entscheidende Ursache in der Monopolstellung und in der Entwicklung des Großhandels in der DDR“, kontert die Konsummanager* in ihrer Erklärung die Vorwürfe gegen Preistreiber.

Kritisch äußerte sich am Wochenende auch Bundeswirtschaftsminister Haussmann zu Preistreibern in der DDR nach der Währungsunion. Gegenüber einer Augsburger Zeitung meinte er, solche Phänomene gehörten zwar zu den Begleiterscheinungen der Umstellung auf eine Marktwirtschaft, dennoch dürften sie nicht hingenommen werden. Abhilfe

könnten laut Haussmann nur konsequente Durchsetzung des Wettbewerbs und Zerschlagung aller Monopole schaffen. Die Leute dürften sich nicht alles gefallen lassen.

Viele DDR-Bürger gingen am ersten Einkaufswochenende mit der D-Mark in der Tasche angesichts stark überhöhter Preise zu Hause im Westen auf Nahrungssuche. Im nordbayerischen Coburg reichte der Autostau schon am Freitagvormittag über das Ortsausgangsschild hinaus. „Ich müßte doch dumm sein, dort drüben zu kaufen - bei den Preisen“, entrüstete sich ein DDR-Autofahrer über die Handelspraktiken zu Hause. Selbst mit Benzinzugschlag ist der Einkauf im West-Supermarkt billiger. Nur

ein Beispiel: Am Coburger Stadtrand kosten zehn normale Brötchen 99 Pfennig. Bei HO am Sulher Stadtrand gut das Doppelte.

Vor dem Eingang eines Billigangeboten am Kottbuser Damm in Westberlin bildeten DDR-Bürger am Samstag bereits kurz vor acht Uhr Menschentrauben. Renner beim Einkauf waren hier wie an anderenorts in der von DDR-Einkaufstouristen belagerten Stadt dann Brot, Butter, Saft, Joghurt und Kosmetikartikel. In manchen Regalen gähnte nach gewisser Zeit Leere. Viele Westberliner sind sauer. In Ostberlin meldete das Warenhaus am Alex dennoch „guten“ Kundenandrang. Brechend voll war das Kaufhaus am Marzahner Tor.

Baumesse mit Blick 2000

Berlin (ADN). Von der (Al)uminiumleiter bis zum (Z)ementmörtel reichte zum Wochenende in der Berliner Dynamo-Sporthalle das Angebot auf der Baufachmesse „Region Berlin 2000“. Fast 100 Ausstellerfirmen aus Ost und West boten rund 15 000 Besuchern Waren, Leistungen, Beratung.

Wie Eicke W. Winckler aus Westberlin, dessen Unternehmensberatungsfirma die zweitägige Exposition organisiert, mitteilte, zielte die Veranstaltung besonders darauf, möglichst auf

breiter Front Ost-West-Geschäfte anzubahnen. Wichtige Hinweise für marktwirtschaftliches Verhalten gab ein Katalog, der auch detaillierte Preisrisiken nannte.

Experten beurteilen die Region Berlin als einen künftigen Bauschwerpunkt. Sie gehen von einem derzeitigen Wohnungsdefizit aus, das zwischen 100 000 und 150 000 Wohnungen liegt. In den nächsten 20 bis 25 Jahren sei im Raum Berlin mit einem Gesamtbedarf von über einer halben Million Wohnungen zu rechnen.

gangenenheit gestellt. Die meisten Mitglieder der „Zeitweiligen Untersuchungskommission der Ereignisse vom 7. und 8. Oktober 1989 in Berlin“ waren dabei. Jutta Wachowiak, die Schauspielin, hatte ein Originaltonhörspiel mitgebracht. Der darin vorkommende Alexander, der Uniform trägt, hatte anfangs Angst zu sprechen und bekennt: „Es wird was bleiben in meinem Leben; man hat den 7./8. Oktober zu schnell vergessen.“ Und das geprügelte Mädchen Anja fragt er: „Hast du mich erkannt?“

Das brauchten bis jetzt die damals zivilverkleideten Sicherheitskräfte der „Antiterrereinheit“ nicht zu befürchten. Es existieren - auch bei der Staatsanwaltschaft - zwar Fotos von ihnen, auf denen sie zum Beispiel als Provokateure in der Stargarder Straße und auf der Schönhauser Allee Gewalt praktizierten, doch nach den Wahlen interessieren sich Justiz und Innenministerium nicht mehr dafür, auch nicht für die aufgedeckten Verbindungen zwischen Stasi und Skinheads. So jeden-

Alternatives Wahlbündnis

Strausberg (ADN). Die DDR-Bürgerbewegung Neues Forum tritt bei den gesamtdeutschen Wahlen auf Landeslisten der bundesdeutschen Grünen an. Diesen Beschluß faßte am Wochenende die Delegiertenkonferenz des Neuen Forums in Strausberg. Das Angebot der Grünen, alternative Gruppen der DDR auf Landeslisten ihrer Partei Plätze einzuräumen und dabei deren Selbständigkeit zu wahren, begrüßten die Delegierten aus allen Kreisen der DDR als konstruktive Lösung

„für den undemokratischsten Wahlmodus im Dezember“. Bei den Verhandlungen zwischen den Landesverbänden des Neuen Forums und den anderen Bürgerbewegungen der DDR sowie den Grünen der Bundesrepublik solle auch über einen gemeinsamen Handlungs- und Aktionsrahmen in einem vereinigten Deutschland gesprochen werden. Mit einer Mahnwache vor dem Verteidigungsministerium forderten Teilnehmer der Konferenz „Abschaffung der Wehrpflicht jetzt“.

Christa Wolf: DDR war nicht das Reich des Bösen

Von UTA KOLBOW

Toleranzstraße hieß früher die Große Hamburger in Berlin-Mitte, wo das jüdische Ghetto überging in „Berlin Alexanderplatz“. Die Sophienkirche dort steht auf Boden, den die Jüdische Gemeinde damals abgab, einzig mit der Bedingung, ihn zu einem Ort des friedlichen Zusammenlebens bauen zu sollen. Doch die evangelische Sophien-Gemeinde mußte später öffentlich Abbitte leisten für das 1943 von der Kanzel geschleuderte: „Juden gehören nicht in unsere Kirche“

Pfarrer Passauer erinnerte am Samstagabend bei der Begründung der Werkstattvereiniger zu „Vorwärts und nicht vergessen?“ an diese Seite unserer Vergangenheit, aber auch an Martin Luther-Kings Mutmachen, das Leben in die eigene Hand zu nehmen.

Nach Sommer und Herbst 1989 wurde nun unter diesem Dach, wo es vor einem Jahr Geschlagene und „Zugeführte“ gab, die Frage nach den eigenen Erfahrungen im Umgang mit der Ver-

gangsheit gestellt. Die meisten Mitglieder der „Zeitweiligen Untersuchungskommission der Ereignisse vom 7. und 8. Oktober 1989 in Berlin“ waren dabei. Jutta Wachowiak, die Schauspielin, hatte ein Originaltonhörspiel mitgebracht. Der darin vorkommende Alexander, der Uniform trägt, hatte anfangs Angst zu sprechen und bekennt: „Es wird was bleiben in meinem Leben; man hat den 7./8. Oktober zu schnell vergessen.“ Und das geprügelte Mädchen Anja fragt er: „Hast du mich erkannt?“

Das brauchten bis jetzt die damals zivilverkleideten Sicherheitskräfte der „Antiterrereinheit“ nicht zu befürchten. Es existieren - auch bei der Staatsanwaltschaft - zwar Fotos von ihnen, auf denen sie zum Beispiel als Provokateure in der Stargarder Straße und auf der Schönhauser Allee Gewalt praktizierten, doch nach den Wahlen interessieren sich Justiz und Innenministerium nicht mehr dafür, auch nicht für die aufgedeckten Verbindungen zwischen Stasi und Skinheads. So jeden-

falls vom Untersuchungsausschuß Heinz Nabrowski, dem zusammen mit seinen Helfern die Rekonstruktion der Ereignisse fast vollständig gelungen ist. Er benannte Krenz, Schabowski und Dr. Schwanitz als voll verantwortlich.

„Gewalt ohne Befehl?“ - eine Fragestellung auch zu fotografischen Dokumenten, die der bildende Künstler Manfred Butzmann im Mittelgang des Kirchenschiffes ausgestellt hatte. Vor dem Altar ein runder Tisch, an dem dann nach dem Tausch, an dem dann in einzelnen Gruppen das Podiumsgespräch mit Christa Wolf, Jutta Wachowiak, Bischof Gottfried Forck und den Pfarrern Friedrich Schorlemmer und Martin-Michael Passauer als Gastgeber beginnt.

Die gekommen sind, darunter viele aus dem Westteil der Stadt, fühlen sich einander verbunden durch ähnliches Erleben, Tätigsein, Wissen und Denken. Mit der Wahl kann schließlich das Volk seine Stimme nicht einfach abgeben haben. Gegen die Dä-

monisierung der DDR als Reich des Bösen, das ohne Skrupel als Ganzes ausgeschaltet werden könne, wendet sich Christa Wolf. Sie meint, daß diese Demontage des Selbstbewußtseins, das sich bei etlichen im leicht und schnell vollzogenen Fassadenwechsel äußere, unter anderem auf frühe Liebesarmut und den Anpassungsdruck zurückgeführt werden könne, dem der Mensch in einer Industriegesellschaft ausgesetzt sei. „Selbstbewußtsein braucht Selbsterkenntnis!“ lautete einer der Zwischenrufe von den Bänken. Und Prof. Heinrich Fink, Rektor der Humboldt-Universität, wies auf den dunklen Tag des jungen demokratischen Parlamentarismus hin, als gegen 10 000 friedlich demonstrierende Studenten in der „Bannmeile“ der Volkskammer Polizeieinheiten eingesetzt wurden.

Quintessenz: Das praktische Handeln der linken demokratischen Kräfte aus Ost und West wird für die Zukunft des geeinten Deutschland und dessen Stellung in der Welt unabdingbar sein.